



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VIII/285 - 8.12.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039890

Das Ergebnis von Bermuda	S. 1
Polnische Stimme zur Danzig-Frage 1939	S. 3
Schatten über der Montan-Union	S. 4

## Über Paris nach Berlin

F.R. Das Schwergewicht des Interesses an den viertägigen Besprechungen auf den Bermuda-Inseln liegt nicht so sehr auf der offiziellen Verlautbarung über die einzelnen Ergebnisse dieser Konferenz selbst, als auf der einfachen, aber sehr bedeutungsvollen Tatsache, daß die Westmächte sich bei dieser Gelegenheit bereit erklärt haben, mit den Sowjets kurzfristig zu dem vielbesprochenen Deutschland-Gespräch zusammen zu kommen - seit fast vier Jahren zum ersten Mal. Hatte man also zunächst von der Bermuda-Konferenz so etwas wie einen einstweiligen Abschluß in den Bemühungen zu einem solchen Gespräch zu kommen befürchtet, so wurde die Tagung ganz plötzlich zum Auftakt für neue Hoffnungen in dieser Richtung - wobei es in jedem Fall gut sein wird, sich vor übertriebenen, unrealistischen Erwartungen zu hüten.

Die Absicht der Westmächte, bei der Einberufung der Bermuda-Konferenz war ursprünglich eine möglichst eindrucksvolle Solidaritätsbekundung gewesen. In dem Kommuniqué über die Konferenz, wie sie dann später unter ganz anderen, fast ins Gegenteil verkehrten Voraussetzungen und Umständen stattfand, wird dieser Gemeinsamkeit gewiß auch betont Ausdruck gegeben. Es ist von "gemeinsamer Stärke als der besten Garantie für Frieden und Sicherheit" die Rede, und natürlich von der EVG, die erforderlich sei, "um die Verteidigungskapazität der atlantischen

Gemeinschaft zu sichern". Niemand hat erwarten können, daß der Westen eine andere Sprache als diese werde sprechen können. Aber die Solidarität ist auf den Bermudas offenbar doch nicht so eindrucksvoll gewesen, wie man erhoffte und wie es auf den ersten Blick vielleicht auch manchem scheinen mag.

Auffällt, in wie ungewöhnlich enge Beziehung diesmal EVG und Nato gesetzt worden sind, ohne Zweifel auf Veranlassung der Franzosen. Sie haben sich in anderen Fragen keineswegs in dem von ihnen gewünschten Umfange durchsetzen können, wie z.B. in der Angelegenheit einer amerikanischen und britischen Garantie, Truppen für 50 Jahre in Europa zu belassen, oder etwa in der Saarfrage. Es ist ungewöhnlich und aufschlußreich, daß im unmittelbaren Anschluß an die Worte des Kommuniqués über die Bedeutung der EVG ausdrücklich gesagt wird: "Der französische Außenminister legte die Probleme dar, denen sich s e i n e (Sperrung durch uns, die Red.) Regierung im Hinblick auf die französische Verteidigungsgemeinschaft gegenüber sieht". Das ist deutlich genug eine Bestätigung dafür, daß die Ratifizierung der EVG durch Frankreich ungewisser geworden ist, als sie es je zuvor war.

Hiermit ist man bei dem Hauptthema der Konferenz angelangt, die in einer Art Zwischenschaltung zwischen den Bermudas und Berlin am 14. Dezember in Paris stattfinden soll. An diesem Tage wird in der französischen Hauptstadt der Ministerrat der NATO zusammentreten, um vor allem über Möglichkeiten einer engeren Verbindung zwischen der atlantischen Organisation und der EVG zu beraten, eben das Hauptanliegen der Franzosen. Man wird also die Tagung in Paris als eine Art Vorkonferenz für das Viermächte-Treffen ansehen können, auf der eine weitere Vorklärung innerhalb der Auffassungen der westlichen Welt zutreffend sein wird. Ein uneiniger Westen würde der zielbewußten Sowjetdiplomatie nur neue propagandistische Möglichkeiten eröffnen und sicher wird man alles daran setzen, dem Kroml solche Angriffsflächen nicht zu bieten.

Vom deutschen Standpunkt schließlich ist entscheidend wichtig, daß auf der Pariser NATO-Konferenz nicht Vorentscheidungen fallen, die mittelbar die Wiedervereinigung Deutschlands erschweren. Daß auf dem Wege dorthin auch die Berliner Konferenz nur e i n , wenn auch hoffentlich sehr wichtiger Schritt sein kann, ist jedermann klar.

Danzig sollte Kondominium werden

## Hintergründe der deutsch-polnischen Spannung von 1939

O.H. Nachdem vor einem Jahr durch die Teilveröffentlichung der Erinnerungen des verstorbenen ehemaligen Staatssekretärs im polnischen Außenministerium, Grafen Szembek, einiges Licht in das Dunkel der deutsch-polnischen Beziehungen in den letzten Monaten vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges gebracht wurde, hat jetzt der ehemalige Bürodirektor des Warschauer Außenministeriums, Michal Lubienski, aus seiner Kenntnis der Dinge bemerkenswerte Einzelheiten zur Danziger Frage bekanntgegeben. Es bestätigt sich die bereits aus den Szembekschen Erinnerungen hervorgehende Feststellung einer Versteifung in der Haltung des Außenministers Beck gegenüber den Forderungen Hitlers, nachdem vorher auf polnischer Seite Tendenzen zu einem Nachgeben vorhanden gewesen sind.

Wurde durch Szembek bekannt, daß der zum Zwecke einer Entspannung im deutsch-polnischen Verhältnis geplante polnische Botschafterwechsel in Berlin im Sommer 1939 von Beck nicht durchgeführt wurde, so läßt die jetzige Veröffentlichung Lubienskis die gleiche Entwicklung in der Danziger Frage erkennen.

Als Hitler auf der entscheidenden Konferenz in Berchtesgaden am 8. Januar 1939 dem polnischen Außenminister seine Forderung nach Anschluß Danzigs an das Reich unterbreitete, habe Beck, so berichtet Lubienski, seiner Absage keine überaus entschiedene Form gegeben, "um Hitler die Möglichkeit eines Rückzuges nicht zu verbauen". Zugleich leitete Beck Schritte in Richtung eines Kompromisses in der Danziger Streitfrage ein. Lubienski wurde mit der Ausarbeitung entsprechender Vorschläge beauftragt. Die von ihm fertiggestellte Kompromißformel lautete: Abschaffung des Versailler Statuts der Freien Stadt, Schaffung eines polnisch-deutschen Kondominiums unter Garantierung der wirtschaftlichen Rechte Polens in Danzig und Zubilligung des Rechts an alle Bürger der Freien Stadt, entweder für Deutschland oder für Polen zu optieren. Lubienski hatte diesen Vorschlag dem deutschen Botschafter in Warschau, von Moltke, gelegentlich eines Zusammentreffens bereits unterbreitet, als kurze Zeit danach von Beck nach einem Gespräch mit Marschall Rydz-Smigly die Weisung kam, bei weiteren Gesprächen mit

Moltke keinerlei Konzession in der Danziger Frage mehr zu machen. "Mögen sie uns Danzig durch einen Putsch wegnehmen. Das wird ihnen teuer zu stehen kommen", sagte hierbei Beck. Der auf diese Weise von seinem Minister desavouierte Lubinski befand sich in einer peinlichen Lage, als Moltke einige Tage danach, scheinbar mit neuen Instruktionen aus Berlin, bei ihm erschien und über den Kondominium-Vorschlag verhandeln wollte.

Aus den Aufzeichnungen Lubinskis ist eine Verärgerung über die Blöße, die ihm Beck gegeben hat, deutlich spürbar. Auch diese Erinnerungen, wie die ganze politische Memoirenliteratur der Nachkriegszeit, weisen Merkmale einer sehr subjektiven Darstellung auf, mit dem Zwecke der Rechtfertigung der eigenen Person und der Politik des eigenen Landes. Eine wirkliche Klärung der Hintergründe des interessanten Kondominium-Planes für Danzig dürften daher erst die diplomatischen Akten über die deutsch-polnischen Beziehungen bringen, die aber der Öffentlichkeit noch nicht zugänglich sind. Festzuhalten ist bei alledem schließlich, daß nach oft zitierten Äußerungen von ihm selbst Hitler in jedem Fall den Krieg mit dem Osten begonnen hätte, unabhängig von größerer oder geringerer polnischer Wachgiebigkeit.

+ + +

#### Blitzbesuch der Montan-Behörde

-ler. Wenn der erste Staats- und Blitzbesuch der Vertreter der Montan-Union in der deutschen Öffentlichkeit keinen besonderen Widerhall finden dürfte, dann liegt es wohl in erster Linie daran, daß die an die Inkraftsetzung der Montan-Union geknüpften weitgespannten Erwartungen ihrer Befürworter nicht in Erfüllung gingen. Anderthalbjährige Wirksamkeit brachten folgendes Ergebnis:

Die Kohlenpreise gingen, zumindest in der Bundesrepublik, in die Höhe statt herunter, und dies bei gefüllten Kohlenhalden, für die sich heute kein Absatz mehr findet.

Die Stahlproduktion zeigt eine in den letzten Monaten noch stärker hervortretende rückläufige Tendenz; so sank die arbeits-tägliche westdeutsche Rohstahlproduktion von 53.700 to im März auf 45.950 to im Oktober. Kurzarbeit und Entlassungen von älteren Arbeitern kennzeichnen die Arbeitslage in der Stahl- und Eisenindustrie.

Den Beschäftigten in der Stahl- und Eisenindustrie hat die

Montan-Union weder höhere Löhne noch eine bessere Sozialversorgung gebracht. Während der französische Partner der Montan-Union durch die Konzentration seiner Stahlproduktion auf wenige leistungsfähige Werke konkurrenzfähiger und damit elastischer wurde, muß der deutsche Partner infolge der Zerschlagung der rentablen Verbundwirtschaften und damit erhöhten Kosten, die volle Last des Konjunkturrückganges tragen.

Die Absatzsorgen des deutschen Kohlenbergbaues erklären sich zum großen Teil auch daraus, daß Frankreich nun selbst in der Zwischenzeit dazu übergegangen ist, im elsässisch-lothringischen Industriebecken Kohle zu verkoken; seinem Ziel, sich mehr oder weniger auf diesem Gebiet unabhängig zu machen, ist es damit wesentlich näher gekommen.

Das sind grimmige Tatsachen und sie stehen in auffälligem Widerspruch zu der Präambel des Schuman-Planes, in der es heißt, daß es das Ziel des Vertrages ist, die Lebenshaltung und die Wohlfahrt der Bevölkerung zu erhöhen. Es zeigt sich heute deutlicher als je der innere Strukturfehler der Montan-Union. Es ist eben nicht möglich, eine bestimmte Industrie in einer bestimmten Gruppe von Ländern zusammenzufassen. Die Teilintegration führt auf die Dauer, das lehren alle bisherigen Erfahrungen, zu folgenschweren Verkrampfungen und Hindernissen, sowohl hinsichtlich der Wirtschaftsbeziehungen nach außen als auch auf dem Gebiet der Nationalwirtschaften.

Die Hohe Behörde scheint sich dieser Situation klar bewußt zu sein und sieht sich jetzt zu dem Versuch gezwungen, das nachzuholen, was als erster Schritt hätte getan werden müssen, nämlich durch eine sinnvolle Abstimmung aller in Betracht kommenden Faktoren die Voraussetzungen für eine gemeinsame aktive Konkurrenzpolitik zu schaffen. Das hängt allerdings auch in hohem Maße davon ab, ob innerhalb der Partnerländer der Montan-Union die volkswirtschaftlichen oder die privatwirtschaftlichen Interessen die Oberhand gewinnen. Mit dem "freien Spiel der Kräfte" ist es nicht getan. Die Hohe Behörde dürfte weitgehendes Verständnis finden, wenn sie künftig ihre Kraft und ihre Stellung dazu braucht, durch eine national und international abgestimmte Wirtschaftspolitik den privatkapitalistischen Kartellcharakter abzustreichen, den die Montan-Union heute hat.